# Schulbau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **55 (1968)**

Heft 9: **Bauen für Sport und Freizeit : 34. Biennale - 4. Documenta**

PDF erstellt am: **19.03.2024**

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

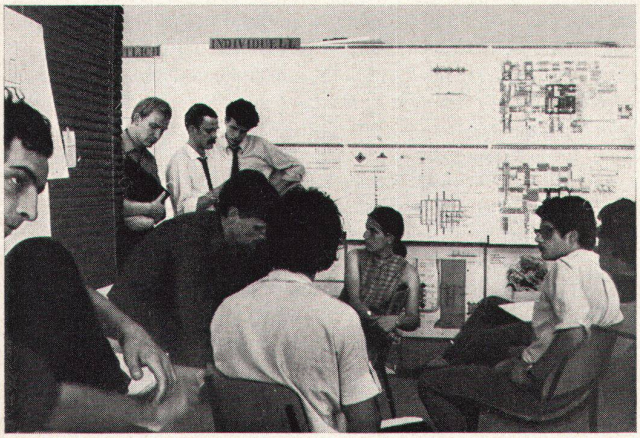
HOW TO ACT WITHIN OUR EXISTING SCHOOLS:

- We shall work in unify groups of cameradtes
- We shall train in how to ~~coope~~ co-operate in a socialistic way.
- We shall have the power to employ and dismiss our professors
- We shall ourselves choose our projects.
- We shall educate ourselves in socialistic ideas.
- We shall demand for special univerities dealing with the problems of the people in Africa, Asia and Latin-America.

WE DON'T GO TO SCHOOL FOR THE BENEFIT OF OUR PROFESSORS!

THE PROFESSORS ARE IN OUR SCHOOLS FOR THE BENEFIT OF US!

1



2



3

etwas Konstruktives, Neues vorzuschlagen. Deshalb löste sich die Oppositionsgruppe wieder auf und gliederte sich in den Kongreß ein. Dieses Experiment hätte positiv ausgehen können, wenn schon ein gemeinsames, hohes Informationsniveau bestanden hätte, welches zusammen mit einer Art Katalog der Experimente als Basis für fruchtbare Diskussionen gedient hätte. Nur auf diese Weise wird der Katalog der Experimente um neue Experimente erweitert. Das ist die Bestätigung dafür, daß sich das Bewußtsein parallel zur intellektuellen Entwicklung bildet.

Hierfür einige Beispiele aus dem Kongreß: Die schwedische Gruppe hat sich mit Manifesten und Plakaten als kapitalismus-feindlich charakterisiert. Ihr Ziel war die Einführung eines totalitären Sozialismus in Schweden. Diese Forderungen sind utopisch, weil sie keinen Bezug auf die schon existenten sozialen Einrichtungen in Schweden nehmen. Diese Forderung wurde nur aus ideologischen Gründen gestellt und bezieht sich nicht auf eine vorhandene Notwendigkeit. Die Installierung dieser Ideologie ließe sich demnach auch nur mit totalitären, antidemokratischen Mitteln durchsetzen. Genau entgegengesetzt denkt die tschechoslowakische Gruppe: sie sehen nur dann eine Möglichkeit zur Demokratisierung, wenn Investitionen zur Erhöhung der sozialen Bedingungen gemacht werden. Sie glauben an die Erneuerung einer Ideologie auf der Basis des Humanismus. Das dritte Beispiel liefert eine spanische Gruppe: Ihr Ziel ist es, sich vom Faschismus zu befreien. Die spanischen Studenten erwarteten vom Kongreß eine Unterstützung, die sich allerdings, entgegen ihren Hoffnungen, nur als Solidarisation verwirklichen ließ. Es muß uns klar sein, daß eine Pression nur auf einer höheren politischen Ebene ausgeübt werden kann. An den fehlenden Kenntnissen historischer, ökonomischer und politischer Gesetze hat sich die Hoffnung der spanischen Studenten zerschlagen.

Zu dem Architekturwettbewerb: Als Folge der Erschütterungen des Kongresses und der chaotischen «Organisation» und weil ein Teil der aktiven Studenten den Architekturwettbewerb für sekundär hielt, fand keine Jurierung statt. Zwei dieser Wettbewerbsarbeiten zeigten die Möglichkeit auf, daß der Architekt durch seinen Eingriff dazu beitragen kann, eine Änderung der Gesellschaft zu bewirken. Die erste Arbeit kam aus Schweden und hatte zum Thema die Erweiterung einer kleinen afrikanischen Stadt. Charakteristisch für dieses Projekt war die sorgfältige Analyse, die dem Projekt vorausgegangen war, und die Gruppierung der Gebäude nach realen, sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten und die Verwendung landesüblicher Details. Die zweite dieser Arbeiten kam aus Hamburg und hatte das Thema: «Kontinuierlich veränderbare Faktoren und ihre Einflüsse auf die gebaute Umgebung, insbesondere auf die gesellschaftlichen und städtebaulichen Aspekte». Was die anderen Projekte betrifft, ist es bedrückend, zu sehen, wie viele Teilnehmer sich in die Untersuchungen mit rein ästhetischer Finalität zurückziehen und einen Dialog mit den gesellschaftlichen Bedingungen ablehnen.

Die Schlußresolution: Die Schlußresolution wurde gleichzeitig vom allgemeinen Sekretariat der U.I.E.A. und der Mehrheit der Kongreßteilnehmer beschlossen. Sie enthält die endgültige Auflösung dieser Institution. Diese Auflösung fand statt, weil eine allgemeine Isolierung der Architekturstudenten nicht zu konkreten Aktionen in der Gesellschaft führt. Auf Wunsch einer französisch-deutschen Gruppe wurde ein Antrag für die Bildung einer Institution auf interdisziplinärem Niveau gestellt. Bei einem vorgesehenen Treffen im Herbst 1968 in Belgien sollen die Grundlagen dieser neuen Institution erarbeitet werden.

F. Burkhardt

1
Manifest einer Arbeitsgruppe

2
Diskussion des Hamburger Projektes

3
Das Kongreßgelände

Photos: François Burkhardt, Hamburg

# Schulbau

**Zentrum für die Rationalisierung und Organisation von Schulbauten CROCS**

*Beauftragte Architekten: J.P. Cahen BSA/SIA, J. Dumas SIA, P. Vallotton SIA, M.R. Weber vom AAA, BSA/SIA.*
*Ingenieure: J.-P. Gonthier SIA, J.-C. Piguet SIA, J.-M. Yokoyama SIA*
*Studienbüro: P. Bussat BSA/SIA, Direktor; R. Almeida, P. Liner, A. Garnier*

*Kurzfassung eines Vortrags von Pierre Bussat BSA/SIA, Lausanne, gehalten an der Generalversammlung 1968 der Schweizerischen Zentralstelle für Baurationalisierung*

Die Gemeindeverwaltung von Lausanne hat 1965 das Programm für die in den nächsten 10 Jahren zu erstellenden

Schulhausbauten für die obligatorische Schulzeit von 5 bis 16 Jahren festgelegt. Dieses Programm enthält unter Berücksichtigung der gegenwärtig in Ausführung begriffenen Bauten 245 neu zu erstellende Klassenzimmer; die entsprechenden Spezialräume sind darin nicht inbegriffen. Eine erste Serie von ungefähr 180 Klassenzimmern muß bis 1972 bezugsbereit sein. Diese Zahlen bedeuten eine große Anzahl gewissermaßen gleichzeitig zu erstellender Schulhausbauten.

Die Gemeindebehörden entschlossen sich zu Rationalisierungsmaßnahmen, um folgende Ziele zu erreichen:

– eine bessere Nutzung der für den Schulhausbau bestimmten Gelder,

– eine Koordinierung der Bemühungen und Untersuchungen,

– die Schaffung von Räumen, welche den Bedürfnissen der modernen Pädagogik Rechnung tragen.

Um diese Ziele zu erreichen, sind eine Reihe von Architekten, die bereit waren, eine Koordinierung und Rationalisierung ihrer Arbeit durchzuführen, gleichzeitig mit der Ausführung von 10 Bauten betraut worden. Unter diesen Architekten sind vier bestimmt worden, das Zentrum für die Rationalisierung und Organisation von Schulbauten CROCS zu bilden. Diese vier Architekten haben im Einverständnis mit der Gemeinde die notwendigen Mitarbeiter und Spezialisten beigezogen: Architekten, Ingenieure und Techniker. Von Anfang an sind die Studien in enger Zusammenarbeit mit den Delegierten der Schul- und der Bauverwaltung sowie mit Vertretern der Lehrerschaft, insbesondere mit Spezialfachlehrern durchgeführt worden. Einige dieser Vertreter sind vom kantonalen Erziehungsdepartement bestimmt worden. Es muß erwähnt werden, daß der Kanton Waad eine Reform der Struktur seiner Schulen anstrebt. Diese Reform war Gegenstand von Vorschlägen, die von einer außerparlamentarischen Kommission unterbreitet worden sind. Diese Vorschläge, zu denen der Staat noch nicht offiziell Stellung genommen hat, sind als Arbeitshypothese für die vorliegende Studie angenommen worden.

Die Arbeiten des CROCS haben 1965 mit einer generellen Studie über die Konzeption der auszuführenden Arbeiten und über die Organisation der gesamten Unternehmung ihren Anfang genommen. Seit 1966 wurden Studienreisen nach Frankreich, England, Deutschland und der Schweiz durchgeführt und ein Arbeitsprogramm ausgearbeitet, dessen hauptsächliche Phasen folgendermaßen zusammengefaßt werden können:

Phase 1:

Bestimmung einer gewissen Anzahl von Forderungen pädagogischer und technischer Art mit Auswirkungen auf die Architektur.

Die grundlegenden Elemente dieser Studie sind:

– Das Projekt für eine Reform der Gesamtstruktur der waadtländischen Schulen.

– Die Entwicklung der pädagogischen Methoden.

– Die gründliche Analyse der Bedürfnisse für den Unterricht jeden Faches und in jedem Teil der Schulorganisation, welcher dem Schüleralter von 7 bis 16 Jahren entspricht.

Phase 2:

Systematische Untersuchungen von ökonomischen und technischen Maßnahmen, welche eine Rationalisierung des Bauens fördern. Es muß daran erinnert werden, daß die durch die Rationalisierung erhoffte Wirtschaftlichkeit nicht ausschließlich durch die Wahl der Materialien und durch die Art ihrer Anwendung und Verarbeitung erreicht werden kann: So eng betrachtet, führt sie nur zu einem «billigen» Bauen. Die Rationalisierung kann nur zu wirklicher Wirtschaftlichkeit führen, wenn sie ohne Unterbruch innerhalb eines breiten Spektrums durchgeführt wird, das alle Ebenen umfaßt: Administration, Programmierung, Konzeption, Produktion, Ausführung und Bewertung der Resultate.

Diese Konzeption bedingt insbesondere die Anwendung folgender Prinzipen:

– Optimale Nutzung der Schulräume und Schulanlagen.

– Vergleichskriterien und Wirtschaftlichkeitsanalysen.

– Ein industrialisiertes, offenes Bausystem, bestehend aus auswechselbaren Teilen.

– Eine administrative und technische Beratungsstelle.

Phase 3:

Am Schluß dieser Phase werden drei erste dringende Bauten in Ausführung stehen. Sie werden als Versuchsbaustellen zur Prüfung der technischen Ausführungsarten dienen, welche auf Grund der vorhergehenden Studien festgelegt worden sind. Die Phase 3 hat eben erst begonnen und ist deshalb noch nicht im einzelnen zu überblicken.

## Programmierung und Planung von Schulen

*In Dortmund wurde vom 25. bis 27. Oktober 1968 ein Planspiel zur Entwicklung einer pädagogischen Gesamtkonzeption dieser Stadt durchgeführt. Anläßlich dieser Zusammenkunft sprach Lothar Juckel, Direktor des Schulbauinstituts der Deutschen Länder in Berlin, die folgenden Empfehlungen aus. Wir zitieren aus «Schulbau-Informationen Nr. 7».*

1. Feststellungen zu Fragen der Stadtplanung

In weniger dicht besiedelten Gebieten sollten vor allem dort Gesamtschulen eingerichtet werden, wo mehrere Gemeinden zur Zusammenarbeit für eine Gesamtschulgründung bereit sind, wo angrenzende Flächennutzungspläne aufeinander abgestimmt werden können oder wo in Zusammenarbeit der regionalen Schulbehörden bereits Mittelpunktschulen oder Schulzentren eingerichtet wurden. In Großstädten lassen sich dann Gesamtschulen vorsehen, wenn größere städtische Bereiche projektiert werden. Es besteht ebenso die Möglichkeit, vorhandene oder vorgesehene Schulzentren in eine Gesamtschule umzuwandeln, wenn die Frage, ob Ganztagsunterricht geplant ist und in welcher Form für die Programmerweiterung Raum vorhanden ist oder geschaffen werden kann, gelöst wird.

Zur Vorbereitung der erforderlichen Untersuchungen und Programmierungsarbeiten ist eine pädagogische Planungsgruppe zu bilden, die Experten der verschiedenen Disziplinen sowie Vertreter der Elternschaft beteiligt. Eine zweite Gruppe hat die baulichen und technischen Fragen im Zusammenhang mit der Gesamtschulplanung zu untersuchen. Beide Gruppen sollten so arbeiten, daß sie Anregungen und Vorschläge der verschiedensten Körperschaften, Institutionen und Experten einholen und berücksichtigen. Der Programmierung ist eine umfassende Gesamtbedarfsfeststellung voranzustellen, die zugleich Kriterien für die Festlegung der einzelnen Schulbezirke und die Einbindung der Schularten in die Gesamtschule anbietet. Darüber hinaus sind Überlegungen anzustellen über die Auswahl entsprechender Standorte für Grundschulen und Schulkindergärten einerseits wie andererseits die Bildung eines besonderen Oberstufenkollegs durchaus erwägenswert sein kann. Das Gesamtvorhaben sollte von einem Zeitplan, der die Reihenfolge der Programmierungs- und Planvorgänge festlegt, und einem spezifizierten Finanzierungsplan begleitet werden. Nacheinander wären folgende Arbeiten vorzunehmen:

– Entwicklung der pädagogischen Konzeption
– Organisation des Planungsprogramms
– Aufstellung von Nutzungsprogramm, Raumnutzungsplan und Bauprogramm
– Planungsprozeß
– Baudurchführung

Die städtebauliche Planung sollte anhand der Gesamtschulplanung überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden. Besondere Beachtung ist dabei der Planung des Zentrums zu widmen. Da-

bei müssen sorgfältige Überlegungen darüber angestellt werden, wie eine Kooperation der schulischen und außerschulischen, der sozialen und kulturellen Einrichtungen gefunden werden kann, die die Entwicklung zu einem Bildungszentrum möglich macht, das Gesamtschule, Oberstufenkolleg, soziale und kulturelle Einrichtungen (wie öffentliche Bibliothek, Volkshochschule, Jugendclub, Werkstätten, Sportanlagen, Schulberatungsdienst und Erziehungsberatungsstellen unter anderem) umfaßt. Die Fachämter der Stadtverwaltung sollten mit den beteiligten Institutionen und Experten ein weiteres Planspiel veranstalten, mit der Absicht, eine Möglichkeit für eine Kooperation dieser Art zu finden. Die Öffentlichkeit sollte laufend Informationen über das Planungsvorhaben und den Ablauf des Planungs- und Bauprozesses erhalten, um den Bürgern der Stadt Gelegenheit zu geben, an diesen Vorgängen teilzunehmen und Initiativen zu entwickeln. Weiter wird vorgeschlagen, bei der Landesregierung einen Sonderbeauftragten einzusetzen mit dem Auftrag, Schulversuche und die Gründung neuer Schulformen zu koordinieren und mit Hilfe eines interministeriellen Ausschusses die Pläne von Kultusministerium, Bauministerium und Finanzministerium mit denen der Gemeinden zu koordinieren.

2. Feststellungen zu Fragen der Schulplanung

Vor Entwicklung der pädagogischen Konzeption sollten umfangreiche Studien bereits vorhandener und ähnlicher in Planung befindlicher Modelle erfolgen sowie Befragungen durchgeführt werden, die die schulischen Absichten und Formen neuer Unterrichtsvorgänge so umfassend wie möglich beschreiben. Begleitende Forschungen und laufende Beobachtungen sollten die Vornahme von Korrekturen ermöglichen. Hierfür muß ein entsprechendes Auswertungssystem entwickelt werden, das die Größe von Gesamtschulen, ihre organisatorische und funktionelle Kompliziertheit und die Höhe der erforderlichen Aufwendungen notwendigerweise reguliert. In der ersten Phase dieser Entwicklungsperiode zahlreicher Experimente sollten Versuche und Wettbewerbe veranstaltet werden sowie Planungsaufträge an besonders qualifizierte Architekten vergeben werden.

Der Aufstellung des Raumprogramms sollte eine gezielte Befragung bereits bestehender Gesamtschulen vorausgehen, bei der folgende Punkte zu klären sind:

- Funktionsveränderungen während des Schulbetriebs
- Feststellung der Entwicklungsphasen
- Möglichkeiten der Erweiterung und des Umbaus
- Vorplanung von Veränderungen und Übergangslösungen
- Veränderungen oder Entstehen neuer Verhaltensweisen bei Lehrern und Schülern
- Einfluß des baulichen Gefüges auf diese

Die Aufstellung von Raumprogrammen ohne exakte Beschreibung der Aktivitäten und Tätigkeiten, der technischen Anforderungen und Ausstattungen, der außerschulischen Einflüsse und damit die Herausbildung funktioneller Beziehungen zu benachbarten Nutzungsbereichen erscheint nicht mehr sinnvoll. Bisher verwandte Funktionsschemen können nur noch für begrenzte Zeiträume Gültigkeit besitzen, da die bauliche Form in dem Entwicklungsprozeß einer Gesamtschule sowohl von den pädagogischen Nutzungsveränderungen oder Funktionen – von neuen Lehrmethoden oder Organisationsformen – als auch, räumlich gesehen, durch unterschiedliche Belegungen von Unterrichtsflächen oder Umgruppierungen von Räumen oder Erweiterungen beeinflußt werden dürfte. Besondere Beachtung ist der Anwendung technischer Medien und Einrichtungen zu schenken, die vielfältige oder mehrfache Nutzung der einzelnen Raumgruppen gestatten. Diese unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten sind anhand von Variationsmodellen vorher zu prüfen. Allgemein wird festgestellt, daß die gegenwärtigen Schulbaurichtlinien nicht ausreichen dürften, um den Absichten und Entwicklungstendenzen der Gesamtschulplanung voll und ganz zu entsprechen. Daher müßten die Schulbaurichtlinien auf diejenigen Gesichtspunkte überprüft werden, die für die Planungsbedürfnisse der Gesamtschulen entscheidend werden können. Für eine wirksame und sachgerechte Nutzung neuer Schulbauformen und insbesondere ihrer neuen technischen Einrichtungen und Geräte wird es für unerläßlich gehalten, das zukünftig dort tätige Lehrpersonal auf die Möglichkeiten der wirksamsten Nutzung vorzubereiten.

3. Feststellungen zu Fragen der Bauplanung

Der Entwurf der baulichen Konzeption kann erst nach Formulierung der pädagogischen Vorstellungen aufgestellt werden. Für die Erarbeitung des baulichen Konzeptes ist es nunmehr notwendig, die räumlichen und strukturellen Elemente und Zuordnungen zu untersuchen, Raumgrößen und Raumarten festzustellen sowie Kriterien für die Gliederung in Funktionsbereiche zu entwickeln, wie auch die Organisations- und Unterrichtsvorgänge selbst in ihren Abhängigkeiten voneinander und die Beziehungen zueinander sorgfältig zu überprüfen. Möglichkeiten für eventuelle Erweiterungen und Umbauten wie die Gliederung des Schulbauvorhabens in voll funktionstüchtige Bauabschnitte sind ebenfalls zu prüfen.

Der Bauzeitplan muß über den Beginn des Schulbetriebs hinaus bis in die einzelnen Phasen der pädagogischen Nutzung hineinreichen. Das angewandte Bausystem muß Erweiterungen zulassen, ohne deshalb während einzelner Zwischenphasen technisch und auch gestalterisch unfertig oder provisorisch zu wirken. Die Zusammenarbeit mit den ausführenden Baufirmen setzt zeitlich vorangehende Entwicklungsarbeit bei der Schaffung eines neuen Bausystems auf der Grundlage der Internationalen Modularordnung voraus oder eine genaue Kenntnis vorhandener Systeme, um die Möglichkeiten der Kombination von Produkten verschiedener Fertigteilbausysteme zu nutzen, beispielsweise des Dortmunder Systems und des von Nordrhein-Westfalen entwickelten Bausystems. Die Möglichkeiten der kompakten Anordnung von Raumgruppen und Unterrichtsteilbereichen ist hinsichtlich ihrer besseren pädagogischen Wirksamkeit und baulichen Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Für die gesamte kommunale Erstausstattung eines neuen Stadtteils ist eine wirtschaftliche Gesamtrechnung aufzustellen. Kostenanalysen und eine darauf beruhende Kostenplanung sollten Programmierung, Planung und den Bauprozeß selbst von Beginn an begleiten.

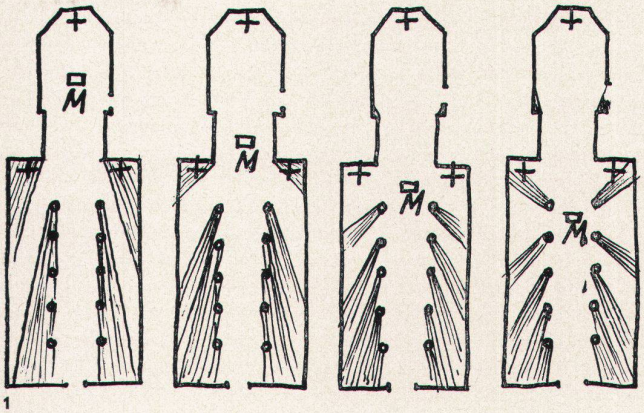
Der zuerst errichtete und fertiggestellte Bauabschnitt wird von der Betriebsaufnahme an Möglichkeiten der Beweglichkeit und Mehrfachnutzung anbieten müssen wie auch in allen weiteren nacheinander folgenden Bauabschnitten. Dadurch werden sich die Grenzen zwischen Rohbau, Ausbau und technischer Ausstattung oft verschieben, da die Arbeitsbedingungen, nach denen die Unterrichts- und Lernprozesse stattfinden werden, nicht genau am Einzellfall vorher bestimmbar sind. Es darf jedoch angenommen werden, daß künftig der Anteil der technischen Unterrichtsmittel zunehmen wird und infolgedessen auch die Gesamtkosten der Gesamtschule ansteigen werden. Es ist noch nicht vorauszusagen, ob diese technischen Hilfsmittel überwiegend stationär eingesetzt werden müssen, wie beispielsweise heute das Tonband des Sprachlabors, oder ob sie wie Schreibgeräte, Bücher und andere Lernmaterialien benutzt werden können, die Lehrer und Schüler mit sich nehmen können, solange nicht jeder Arbeitsplatz in gleicher Ausstattung zur Verfügung steht. Schon heute werden oft naturwissenschaftliche Versuche auf fahrbaren Paletten aufgebaut. Je mehr spezialisierter Unterricht in verhältnismäßig unspezialisiert eingerichteten

Unterrichtsräumen stattfindet, desto vorteilhafter werden diese und die Schule zu nutzen sein und desto mehr wird die zu erwartende Wirtschaftlichkeit anzunehmen sein.

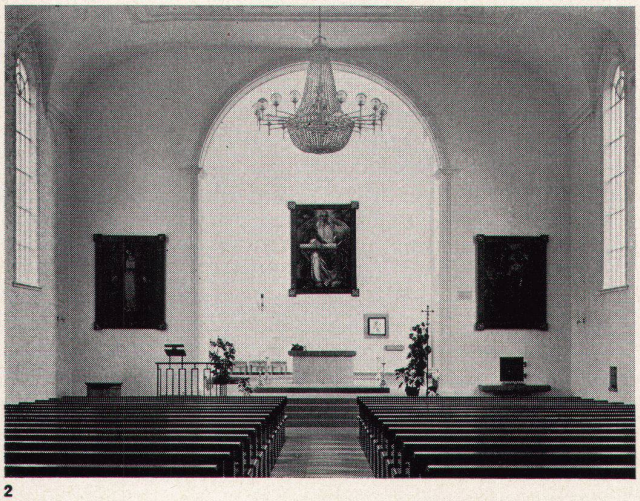
Im Hinblick auf die ökonomische Planung sollten Schulträger und Planer eine Gesamtschule auch unter dem Gesichtspunkt eines wirtschaftlichen Betriebes prüfen. An Vergleichsmodellen durchgeführte Arbeitsstudien geben Auskunft über die Ergiebigkeit der dort möglichen Arbeitsbedingungen.

Der Programmierungs- und Planungsprozeß für die Errichtung einer Gesamtschule setzt bei den beteiligten Planern und Architekten Kenntnisse und Fähigkeiten voraus, die sich oft in einem kleinen Büro ohne Beteiligung von Schulbaufachleuten nicht realisieren werden lassen. Andererseits sind die Architekten auf Grund ihrer Ausbildung und der vielfältigen Möglichkeit methodischer Ansätze befähigt, komplexe Aufgaben dieser Art zu lösen, wenn entsprechende Formen der Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen im notwendigen Ausmaß entwickelt werden. Versteht man die Gesamtschule ähnlich wie die Stadt selbst als einen Organismus, dann sind die Möglichkeiten ihrer Veränderungen und der auf sie einwirkenden Einflüsse gegeben, die von Planern und Architekten ständig beachtet werden müssen. Der Funktionsablauf der dann arbeitenden Schule ist ständig zu beobachten. Damit wird der Auftrag des Schulplaners wie der des Stadtplaners auch nach der baulichen Realisierung nicht als beendigt anzusehen sein. Im besonderen Maße dann nicht, wenn die Gesamtschule zusammen mit anderen sozialen und kulturellen Einrichtungen in Form eines Bildungszentrums aktiv wird, wobei Gliederungsformen sozialer Art gefunden werden müssen, wie auch Formen der Anbindung von einzelnen Wohnquartieren an diesen zentralen Ort eines Stadtteils oder mehrerer Gemeinden.

Lothar Juckel




1



2

# Tribüne

## Bauen und Erhalten IV

*Die Praxis kennt keine Rezepte*

Der letzte Beitrag (WERK-Chronik 7/1968) folgte grundlegenden Gedanken über die liturgische Neuordnung bestehender Kirchen. Es mögen nun Möglichkeiten zur praktischen Erfüllung angedeutet werden. Rezepte gibt es dafür keine, aber wohl immer wiederkehrende, einander ähnelnde Ordnungsprobleme. Dabei muß vorausgeschickt werden, daß jede Aufgabe nur dann Aussicht zur richtigen Erfüllung hat, wenn historisches und liturgisches Verständnis von Anfang an Hand in Hand gehen, wenn Seelsorger, Künstler und Kunsthistoriker sich unvoreingenommen zur Zusammenarbeit finden.

Die abgebildeten vier Skizzen zeigen das Schema eines gotischen Kirchengrundrisses. Mit seiner dreischiffigen Halle und dem tiefen Chor (Presbyterium), der durch die Turmstellung außerdem eingeengt ist, wird er gerade so für viele Fälle typisch als auch für die liturgische Neuordnung ungünstig. Eine Versuchsreihe[1] zeigt nun primär das Verhältnis des neuen Altarbezirkes mit Mensa (M) zu den bestehenden Nebenaltären und den Hochaltar im Chorhaupt (+).

1
Schema zur Bestimmung des neuen Altarbezirkes mit Mensa (M) und deren jeweiliger Beziehung zu den bestehenden Altären (+) und mit Sichtschatten hinter den Pfeilern (Schraffur)

2
Die neugestaltete Verenakirche Rickenbach nach guter Zusammenarbeit von Architekt und Denkmalpflege

Photo: Konrad Keller, Frauenfeld

*Versuch 1:* Mensa (M) im Presbyterium vor dem Hochaltar (+).
Vorteile: Wenig Sichtschatten im Kirchenschiff (Schraffur), Hochaltar kann als Tabernakelort verwendet werden.
Nachteile: Noch zu weiter und trennender Abstand zwischen Mensa und bestehendem Hochaltar. Letzterer müßte entfernt werden, um eine Überschneidung der Funktionsorte zu vermeiden.
*Versuch 2:* Mensa (M) unter dem Triumphbogen.
Vorteile: Eindeutigere und nicht verunklärte Stellung der Mensa. Das Presbyterium wird als eigener Bereich für Taufe, Werktagsgottesdienste, Gestühl für Kinder usw. frei.
Nachteile: Der neue Altarbereich mit der Mensa steht eingeengt wie eine Barriere zwischen Kirchenschiff und Chorhaupt. Für das Presbyterium besteht nach wie vor die Gefahr des kultischen Eigenlebens. Man beachte auch die großen Sichtschatten.
*Versuch 3:* Mensa vor dem Triumphbogen im Kirchenschiff.
Vorteile: Die Mensa rückt endlich in Volksnähe als Mittelpunkt kultischen Geschehens.
Nachteile: Gefahr der Überquerung und Durchschreitung des Altarbereiches. Schwierigkeit der Stufenanlage wegen der Nähe der barocken Nebenaltäre.
*Versuch 4:* Mensa im Kirchenschiff in Raummitte der ersten vier Pfeiler.
Vorteile: Der neue Altarbezirk mit Mensa ist nun eindeutig Mitte im Raum des Volkes Gottes. Gute räumliche Verbindung zum Presbyterium, dessen Funktionsmöglichkeiten schon in Versuch 2 angedeutet wurden. Kleinster Sichtschatten.
Nachteile: Je weiter wir mit der Mensa vorrücken, um so schwerer gelingt eine räumlich überzeugende Einbindung des Altarbezirkes in den ganzen Raum.

Insgesamt zeigt die Reihe, daß die annehmbarsten Lösungen auch den Erhalt des in diesem Falle neogotischen Hochaltares und der barocken Nebenaltäre der Kirche in Baden (Niederösterreich) garantieren. Gewiß wird in vielen Fällen die Größe der Altaraufbauten zum Raum noch drückender sein, die Aufstellung der Mensa eine unerträgliche Addition und Konkurrenz der einzelnen Teile ergeben. In diesen Fällen können wenigstens die bestehenden Altäre vielleicht als Retabeln erhalten bleiben oder deren Gemälde.

In der Verenakirche von Rickenbach ist in diesem Sinne die liturgische Neuordnung durch glückliche und verständnisvolle Zusammenarbeit des Architekten Hermann Schmidt und des Kunsthistorikers Prof. Dr. Albert Knoepfli bestens gelungen. Die erhaltenen Bilder geben dem Raum eine harmonische und ordnende Klarheit. Beachtenswert ist die